

Familienpolitische Informationen

evangelische arbeitsgemeinschaft familie

Sabine Mundolf, Insa Schöningh

Schlaglichter auf die Familienpolitik - Kommentare der eaf -

Mitte letzten Jahres hat die eaf im Blick auf die anstehende Bundestagswahl im September 2013 Vorstellungen formuliert, was sie von der neuen Regierung erwartet (vgl. FPI Heft 4 2013, S. 1 ff).

Unter anderem auf dieser Grundlage bewertete die eaf nach Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarungen die Aussagen zu den familienpolitisch relevanten Vorhaben, konkretisierte ihre Forderungen und leitete diese allen maßgeblichen politischen Gremien zu.

Die Erkenntnisse der Gesamtevaluation ehe- und familienpolitischer Leistungen fanden keinen Eingang in die Koalitionsvereinbarungen, gleichwohl hat sich die eaf in verschiedenen Zusammenhängen damit befasst:

Gemeinsam mit der Diakonie Deutschland führte sie am 16. Mai in Berlin eine Kooperations-tagung zur Weiterentwicklung des familienpolitischen Instrumentariums durch. Ursprünglich sollte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Zusammenfassung der Ergebnisse der bisher veröffentlichten 11 Module der Evaluation vorliegen. Diese war bereits für November 2013 angekündigt und wird seitdem immer wieder verschoben.¹

Wichtige Information für die Leserschaft!

Die Familienpolitischen Informationen erscheinen ab 2015 in veränderter Form: Künftig werden statt sechs Ausgaben (à 8 Seiten) jährlich vier Ausgaben (à 12 Seiten) erscheinen. Damit können Themen intensiver behandelt werden. Durch eine „aufgefrischte“ Gestaltung soll die FPI weiter an Lesefreundlichkeit gewinnen!

Einzelthemen und Überlegungen zu geplanten Neuregelungen seitens der Regierung hat die eaf bereits intensiver begutachtet, so im Bereich des Elterngeldes: Im Koalitionsvertrag wurde eine Weiterentwicklung des Elterngeldes verabredet. Das Bundesfamilienministerium hat im April einen Referentenentwurf u. a. zum sogenannten ElterngeldPlus vorgelegt. Dieser Gesetzesentwurf wurde bereits in einem Gespräch der Familienverbände (die eaf vertreten durch die Präsidentin) mit der neuen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am 29. April 2014 erörtert.

Das Engagement der neuen Ministerin auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit war nach ihrer Amtsübernahme sehr schnell zu erkennen, denn sie legte kurz nach Amtsantritt gleich mit dem Vorschlag zu einer Familienarbeitszeit los, der u. a. vorsieht, dass beide Partner jeweils 80 Prozent der Regelvollzeit arbeiten. Die Lohnneinbuße sollte im bestimmten Umfang durch Ausgleichszahlungen kompensiert werden. Diese Vorstellungen trafen nicht überall auf Zustimmung, schon gar nicht beim Koalitionspartner. Trotzdem ist der Vorschlag im Raum und an seiner Weiterentwicklung wird – auch durch die eaf – gearbeitet.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Artikel

Sabine Mundolf, Insa Schöningh: Schlaglichter auf die Familienpolitik.....	1
Andreas Zieske, Ulrike Stephan: Bundeskonzferenz Forum Familienbildung.....	5

Hinweis

FPI ab 2015.....	1
Buchempfehlung	
Sabine Mundolf: Der Start ins Lesen.....	8